Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Rechnungsprüfungsausschuss führte seine 1. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, dem 24.11.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 20:40 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Christel Vogel

Mitglied

Gerhard Hamerla
Mirko Claus
Hans-Jürgen Präßler
Gudrun Rauball
Martina Römer
Enrico Stammer

Sachkundige Einwohner

Ines Chlebowski
Heidrun Kivelip
Mario Klammt
Peter Kolbe

Mitarbeiter der Verwaltung

Susann Grimm-Beyrichen
Rolf Hülßner
Susann Paczkowski

FBL Rechnungsprüfungsamt
GBL
SB Haushalt

abwesend:

Sachkundige Einwohner

Aleksandar Panovic

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Montag, den 24.11.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Verpflichtung der sachkundigen Einwohner	
4	Jahresrechnung 2010 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Beschlussantrag 199-2014
5	Bewertungs- und Aktivierungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Beschlussantrag 206-2014
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
7	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit Die Ausschussvorsitzende, Frau Vogel eröffnet die Sitzung um 18:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.</p>	
<p>zu 3</p>	<p>Verpflichtung der sachkundigen Einwohner Frau Vogel nimmt die Verpflichtung der anwesenden sachkundigen Einwohner gemäß dem Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen Anhalt vor. Dabei zitiert sie aus den §§ 32, 33 und 54 des KVG LSA.</p>	
<p>zu 4</p>	<p>Jahresrechnung 2010 der Stadt Bitterfeld-Wolfen gemäß § 120 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) BE: GB Finanz- und Ordnungswesen Herr Hülßner stellt an Hand einer Präsentation die Jahresrechnung 2010 vor. Er verweist auf die besondere wirtschaftliche Bedeutung des Jahres 2010. Mit der Bestätigung der Jahresrechnung erfolgt auch die Entlastung der OB. Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden für die lange Bearbeitungsdauer informiert Herr Hülßner, dass der Jahresabschluss 2010 und Vorjahre sehr aufwendig waren. Einer der wichtigsten Gründe dafür ist die Umstellung zur Doppik. Gegenwärtig ist der Jahresabschluss 2012 in der Vorbereitung. Der Jahresabschluss 2011 befindet sich in der Prüfung. Frau Grimm-Beyrichen informiert, dass die Prüfung nach den vorgegebenen gesetzlichen Vorschriften erfolgte. Es wird die Rechnungslegung und die Aufstellung des Jahresabschlusses geprüft, eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist nicht abzugeben. Nach Abwägung der festgestellten Sachverhalte unter Beachtung des Wesentlichkeitsgrundsatzes sind die Feststellungen als nicht wesentlich einzuordnen. Damit liegen keine schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten vor, die an der Richtigkeit des Jahresabschlusses zweifeln lassen. Daher erteilt der FB Rechnungsprüfung für das Jahr 2010 eine uneingeschränkte Bestätigung. Herr Roi erkundigt sich, wann eine Neubewertung der Eigenkapitalmittel erfolgt. Herr Hülßner informiert, dass gegenwärtig das Eigenkapital 14 Mio. € beträgt, jedoch eine neue Empfehlung des Landesrechnungshof erwartet wird, die das derzeitige Eigenkapital um ca. 7 Mio. € abschmelzen lassen. Des Weiteren hinterfragt Herr Roi, aus welchem Grund die Zuweisungen des FAG nicht genau nachvollziehbar sind? Daraufhin erläutert Herr Hülßner das FAG und verweist darauf, dass vor allem auf der Grundlage des sogenannten "Deubel"-Gutachtens und des Übergangs von der kameralistischen zur doppischen Buchführung sich die Gesamtrechnung zur Verteilung der Finanzausgleichsmasse wesentlich verkompliziert hat. Auf Anfrage erklärt Frau Grimm- Beyrichen, dass die festgestellten</p>	<p>Beschlussantrag 199-2014</p>

Sachverhalte nicht von wesentlicher Natur sind. Außerdem sei einzuschätzen, dass die beanstandeten Sachverhalte ausreichend geklärt und mit Korrekturterminen versehen sind bzw. einen akzeptablen Bearbeitungsstand aufweisen.

Herr Dr. Rauball teilt diese Auffassung nicht und bezieht dies auf die Prüffeststellung in Anlage III Seite 19 des Prüfberichtes bezüglich der nach wie vor gegensätzlichen Standpunkte des FB Rechnungsprüfung und des FB Finanzen. Hierbei geht es um die bilanzielle Behandlung der Abrisskosten eines Gebäudes auf einem städtischen Grundstück im Wert von 89.620,56 € und die Frage, ob diese Kosten lediglich Aufwand darstellen (FB Rechnungsprüfung) oder aktivierungsfähige Kosten, die dem Grundstück zuzuschreiben sind (FB Finanzen und Vorgehensweise beim Jahresabschluss 2010). Ohne ein eindeutiges Ergebnis in dieser Frage, sei es für ihn als Stadtrat schwierig, eine Entscheidung zu treffen.

Frau Grimm Beyrichen erläutert, dass gegensätzliche Standpunkte zu Einzelfragen immer wieder auftreten können, solange das Regelwerk der doppelten Vorschriften in Sachsen-Anhalt nicht allumfassend und eindeutig ist, wie z. B. in diesem Fall. In Bezug auf den Bestätigungsvermerk für den vorliegenden Jahresabschluss 2010 sei diese bisher nicht aus der Welt geschaffte Feststellung allerdings als nicht wesentlich für die Beurteilung der Richtigkeit des gesamten Jahresabschlusses einzuschätzen.

Herr Dr. Rauball stellt fest, dass aus seiner Sicht die aufgeführten 89 T€ nicht unwesentlich sind und fragt in diesem Zusammenhang nach den Auswirkungen der verschiedenen Herangehensweisen auf den zu beschließenden Jahresabschluss. Entsprechende Erläuterungen sollen mit der Niederschrift gegeben werden.

Herr Hülßner bemerkt dazu, dass es sich beim benannten Sachverhalt lediglich um eine nachgewiesene Differenz in Höhe von 379,44 € (ungerechtfertigte Abwertung) handelt und diese sich nur über die Abschreibungen auf den Haushalt auswirkt. Die Korrektur wird für 2012 vorgemerkt.

Erläuterung des FB Rechnungsprüfung

- zur finanziellen Auswirkung der Prüffeststellung auf den Jahresabschluss 2010:

Durch die ungerechtfertigte Abwertung (90.000,00 €) des Grundstückes und anschließende Aktivierung der Abrisskosten (89.620,56 €) aus Anlagen im Bau wird das Sachanlagevermögen um 379,44 € zu gering ausgewiesen.

Ebenso sind die Aufwendungen aus Abschreibung (90.000,00 €) im Vergleich zu den tatsächlichen Abrisskosten (89.620,56 €) um 379,44 € zu hoch und damit das Eigenkapital um 379,44 € zu gering ausgewiesen.

- zur finanziellen Auswirkung auf den Jahresabschluss 2010, wenn wie von uns gefordert, gebucht worden wäre (Abrisskosten = Aufwand):

Die finanziellen Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2010 würden sich in gleicher Weise ergeben. Der Grundstückswert bliebe unberührt (keine Abwertung durch Abschreibung und keine Zuschreibung durch Aktivierung).

Damit wäre der Wert des Sachanlagevermögen um 379,44 € höher ausgewiesen. Die tatsächlichen Abrisskosten wären lediglich als Unterhaltungsaufwand (statt Abschreibungsaufwand) erfasst und um 379,44 € geringer ausgefallen, was einer entsprechenden Erhöhung des Eigenkapitals um 379,44 € gleichkomme. Diese Variante entspräche überdies den Buchungsvorschriften (nach der Rechtsprechung durch den BFH).

Frau Römer erkundigt sich, ob die Errichtung einer Fördermittelstelle

	<p>praktikabel wäre. Daraufhin erklärt Herr Hülßner, dass für die Beantragung von Fördermitteln Sach- und Fachkenntnis eine wichtige Voraussetzung ist. Die Beantragung benötigt die fachliche Kompetenz und Nähe zum Geschehen. Deshalb wäre eine Zentralisierung der Fördermittelverwaltung nur im begrenzten Rahmen empfehlenswert.</p> <p>Frau Rauball regt an, die Ergebnisse bei der Erfassung zu bündeln. Hier sieht sie ein Sparpotential.</p> <p>Herr Dr. Rauball drängt nochmals darauf, dass die Grundsatzfrage zur bilanziellen Behandlung von Abrisskosten ohne Neubauabsicht geklärt werden muss und hinterfragt in welcher Weise die Problematik zukünftig gehandhabt wird.</p> <p>Herr Hülßner bemerkt dazu, dass er sich der Auffassung anschließt, dass es sich in solchen Fällen lediglich um Aufwand handelt.</p> <p>Es erfolgt die Abstimmung.</p>	
	mehrheitlich empfohlen	Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2
zu 5	<p>Bewertungs- und Aktivierungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Finanz- und Ordnungswesen</p> <p>Herr Hülßner stellt den Antragsinhalt vor. Auf Empfehlung des Landesrechnungshofes wurde in Anlehnung an die Richtlinien von Magdeburg und des Landes Sachsen-Anhalt eine eigene Richtlinie für die Stadt Bitterfeld-Wolfen erarbeitet.</p> <p>Frau Rauball bittet darum, den Runderlass als Anlage dem Protokoll beizufügen. Herr Hülßner sichert dies zu.</p> <p>Her Hülßner gibt nachfolgende Ergänzung zum Antragsinhalt bekannt:</p> <p>...und ermächtigt die Oberbürgermeisterin diese entsprechend dem Erkenntnisgewinn als Dienstanweisung zu erlassen. Die Abstimmung erfolgte inklusive der vorgestellten Ergänzung.</p>	Beschlussantrag 206-2014
	mit Änderungen empfohlen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
zu 6	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Frau Vogel gibt die Terminplanung für Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses für das Jahr 2015 bekannt: 23.02.2014 01.06.2015 01.09.2015 01.12.2015</p>	
zu 7	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der öffentlicher Teil der Sitzung wird 20:40 Uhr geschlossen.</p>	

gez.
Christel Vogel
Ausschussvorsitzende

gez.
Petra Eichhorn
Protokollantin